

Migrationsbeirat der
Landeshauptstadt München

Der Migrationsbeirat fordert den Oberbürgermeister und den Stadtrat auf, den Begriff N** in öffentlichen Räumen zu ächten.**

Antragsteller/in: Ausschuss A4

Antrag Nr. 91

Vollversammlung vom 29.09.2021

I. Antrag

Der Migrationsbeirat fordert den Oberbürgermeister und den Stadtrat auf, den Begriff N**** in öffentlichen Räumen zu ächten.

II. Begründung

In der Sitzung des Ausschusses für Aufenthalts- und Zuwanderungsrecht mit Rassismus, Diskriminierung und Flüchtlingspolitik (Ausschuss 4) vom 06. April 2021 nahm ein Vertreter der Initiative „NWORTSTOPPEN“ der Afrojugend München, der „Black Lives Matter“-Bewegung sowie der Noirsociety München teil. Die Initiativen bitten den Migrationsbeirat um Unterstützung, um diesen rassistischen Begriff in öffentlichen Räumen zu ächten.

Das N*Wort und dessen Ableitungen sind für schwarze Menschen und People of Color (PoC) mit Leid, Diskriminierung, Gewalt, Ungleichheit und Entmenschlichung verbunden.

Der Begriff ist mit einer Vielzahl von rassistischen Stereotypen verbunden. Als sprachliches Machtinstrument wurde er während der Versklavung von schwarzen Menschen seitens der europäischen und amerikanischen Kolonialmächte verwendet, um eine rassistische Unterscheidung herzustellen, Machtverhältnisse zu untermauern und unterdrückende Strukturen zu festigen.

Leider werden heute noch viele Betroffene in vielerlei Hinsicht mit diesem rassistischen Begriff konfrontiert: Manchmal zum Spott, oder als offen rassistische Hassrede. Darüber hinaus wird das N-Wort, welches eine Fremdbezeichnung und klare Form des „Otherings“ darstellt, im Arbeitsleben, in Bildungseinrichtungen,

Massengeschäften, Freundeskreisen, und sogar in Parlamenten verwendet. Dies geschieht bewusst und unbewusst.

Die Initiative #Nwortstoppen wurde am 18. Januar 2020 in Köln gegründet, nach einem Vorfall im Landtag Mecklenburg-Vorpommerns. Ein AfD-Politiker hatte dort mehrmals das Wort „Neger“ ausgesprochen, trotz Kritik von den anderen Parteien, was ihm schließlich einen Ordnungsruf der Präsidentin des Landtags einbrachte. Dagegen hatte der AfD-Abgeordnete geklagt, und vor dem Landesverfassungsgericht von Mecklenburg-Vorpommern Recht bekommen. „Die Verwendung des Wortes kann in einem solchen Kontext nicht ohne Weiteres als bloße Provokation oder Herabwürdigung aufgefasst werden; sie kann vielmehr Bestandteil einer inhaltlichen Stellungnahme sein“, so das Gericht in seinem Urteil.

Es folgten Demonstrationen in Hamburg und Köln gegen dieses kurzsichtige Urteil. Auch eine Online-Petition für die Ächtung dieses rassistischen Begriffs wurde aufgerufen, und über 130.000 Menschen haben diese unterzeichnet.

Als erste Kommune in Deutschland hat die Stadt Köln in seiner Stadtratssitzung vom 14.05.2020 beschlossen, dass die Verwendung des N*Wortes rassistisch sei und somit aus öffentlichen Räumen der Stadt Köln verbannt werden muss.

Danach folgten: Kassel, Heidelberg, und Bocholt.

Wir hoffen, dass mit diesem Antrag unsere weltoffene und vielfältige Stadt München als fünfte Stadt in Deutschland einen positiven und rassismuskritischen Weg einschlagen wird.

gez.

Hamado Dipama
Ausschusssprecher A4

III. Beschluss nach Antrag

Mehrheitlich mit 1 Enthaltung angenommen.

Dimitrina Lang

Theodora Sismani

Nesrin Gül

gez.

gez.

gez.

Vorsitzende

Stellvertretende Vorsitzende

Stellvertretende Vorsitzende